



Foto: © BRATISZ/Shutterstock.com

Weckruf für die neue Regierung

BRENNENDE UMWELTTHEMEN spielten im vergangenen Jahr politisch kaum eine Rolle. Leider! Besonders deutlich wurde dies im Wahlkampf, wo Natur- und Klimaschutz weitgehend außen vor gelassen wurden. Wer in Österreich Regie führen will, muss aber auch für Natur und Umwelt als unser aller Lebensgrundlagen Verantwortung

Auf die neue Bundesregierung warten viele Herausforderungen. Insbesondere in Sachen Klimaschutz ist der Handlungsbedarf offensichtlich. Zentrale Rolle spielt die Energieversorgungsfrage. Hierbei muss der Fokus auf Verbrauchsreduktion und Effizienzsteigerung liegen – Hand in Hand mit einem Systemumbau des Ökostromförderregimes hin zur Förderung eines naturverträglichen Ausbaus der Erneuerbaren. Genauso wichtig auf dem Weg zur vollständigen Dekarbonisierung sind umweltverträgliche Mobilitätskonzepte und die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen im Verkehrsbereich. Eine zentrale Herausforderung für die Bundesregierung ist die Verabschiedung der überfälligen Klima- und Energiestrategie, in der klare Ziele und Maßnahmen verbindlich festgeschrieben werden. Die Umsetzung des Paris Agreements ist Pflicht!

Ökologisierung des Steuersystems

Zudem benötigt Österreich ein gesamtheitlich gedachtes und zukunftsorientiertes Modell für eine Neugestaltung der Steuer- und Ab-

gabenlandschaft. Klimaschädigung und Energieverschwendung müssen teurer, Umweltschutz und naturverträgliche Energieformen billiger werden. Eine aufkommensneutrale, ökologische Steuerreform – Verteuerung von fossiler Energie bei gleichzeitiger Senkung der Lohnsteuer – ist unabdingbar, um die Klimakatastrophe einzudämmen und eine naturverträgliche Energiewende zu schaffen.

Effektive Gesetzgebung für Natur- und Bodenschutz

Auch auf den Schutz der Vielfalt von Lebensräumen und Arten muss mehr Augenmerk gelegt werden. Um die Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie bis 2020 zu erreichen, muss Biodiversitätsschutz in allen Sektoren wirksam verankert werden. Übergreifende Naturschutzthemen brauchen endlich eine bundesweite Koordination. So gibt es v. a. bei der Vervollständigung des EU-Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000 noch immer Aufholbedarf. Desgleichen braucht es bei Raumordnung und Bodenschutz eine effektive Gesetzgebung auf

Bundesebene, denn noch immer verliert Österreich jeden Tag fast 15 Hektar Fläche durch Verbauung und Versiegelung und gefährdet damit den Boden als ganz zentrale Ressource.

Verantwortung für Natur und Umwelt

Die Liste der Herausforderungen im Natur- und Umweltschutz ist lang und reicht weit über die angesprochenen Themen hinaus – vom Gewässerschutz über die Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) bis hin zur Aarhus-Konvention. Wer zukunftsorientiert regieren will, muss für Umwelt und Natur Verantwortung übernehmen: für eine naturverträgliche Energiewende, die ohne Reduktion des Energieverbrauchs unmöglich ist, für die Biodiversität, die ein kohärentes Schutzgebietsnetzwerk braucht, und für den Klimaschutz, der ohne Innovationsgeist nicht funktionieren wird. Wir wünschen uns von der neuen Regierung Mut und ein klares Bekenntnis zu dem, was Österreich ausmacht: seine Natur, seine Landschaft und seine Menschen, die eine lebenswerte Umwelt zu schätzen wissen. ●

ÖSTERREICH HAT FÜR ZWEI JAHRE DEN VORSITZ DER ALPENKONVENTION INNE UND TRÄGT VERANTWORTUNG

Dringender Appell: Hauptsache Alpenschutz

Österreich hat im Oktober 2016 für zwei Jahre die Präsidentschaft der Alpenkonvention und damit die besondere Verantwortung für ein Gebiet, in dem 14 Mio. Menschen wohnen, übernommen. Die Hälfte der heimischen Gemeinden liegt im Geltungsbereich dieser Konvention. Grund genug, Aufbruchsstimmung für das internationale Vertragswerk zu schaffen, das seit 25 Jahren Rückgrat für das sensible Ökosystem der Alpen ist. Das Motto des Vorsitzes lautet „Schützen und Nützen“ – was das Spannungsfeld im Alpenraum abbilden und zugleich Indiz sein soll, dass Schutz und Entwicklung einander nicht ausschließen. Der umfassende Beweis dafür muss – etwa angesichts ungehemmter Erschließungsdynamiken – allerdings erst erbracht werden.

Druck auf die Alpen nimmt zu

Tatsache ist: Der Druck auf die Alpen nimmt kontinuierlich zu. Vor allem die Wachstumsspirale belastet alpine Gebiete und macht selbst vor Naturschutzgebieten nicht Halt. Nicht nur, dass das Wetterrsten oft Schutzgebiete bedroht und ungebremstes Wachstum keinen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung in sensiblen Alpenregionen leistet, steht der unersättliche Ausbau von Skigebieten auch im Widerspruch zu den Bemühungen, die Auswirkungen des Klimawandels – die den Alpenraum in besonderem Maße betreffen – einzudämmen.

Grassauer Appell: alpiner Freiraumschutz

Vertreter der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA verlangten daher im Rahmen des „Grassauer Appells“ ein alpenweites Moratorium beim Ausbau von Skigebieten und eine nachhaltige Strategie für die Entwicklung in den Alpenregionen. Ein Appell, der unter dem Vorsitz Österreichs in alle Ausschüsse der Alpenkonvention einfließen sollte. Denn angesichts aktueller Entwicklungen ist eine alpine Raumordnung, die den gravierenden Raumanprüchen Grenzen setzt, überfällig. Auch bislang wenig erschlossene Räume müssen deshalb



Foto: © Josef Essl

konsequent vor dem Zubauen bewahrt werden. Weiters braucht es eine bessere alpenweite Zusammenarbeit im Tourismus. Sanfte Modelle wie die Bergsteigerdörfer des Österreichischen Alpenvereins (ÖAV) könnten Vorbildwirkung haben – insbesondere im internationalen Jahr des nachhaltigen Tourismus 2017.

Brennende Themen: Berglandwirtschaft, Boden und Raumplanung

Ein weiteres brennendes Thema im Alpenraum ist die Zukunft der Berglandwirtschaft, deren Bestand seit Jahren zurückgeht. Zu den Folgewirkungen zählen u. a. Versorgungsunsicherheit und laufende Bodenversiegelung bzw. Bodenverbrauch. Aufgrund ihrer Brückenfunktion sollte die Berglandwirtschaft gemeinsam mit Boden und Raumplanung gedacht werden. Denn Boden ist eine wichtige Ressource, die immer knapper wird! Biodiversität und ökologischer Verbund sind hier wesentliche Gegenpole. Umfassende Bewusstseinsbildung für das Thema Boden ist immens wichtig. Gerade die Alpenkonvention kann mit dem Bodenschutzprotokoll konkrete Lösungen ansprechen.

Drängende Zukunftsfragen sind offen

Weitere Zukunftsthemen sind Energie, der Dauerbrenner Verkehr und der demografische Wandel. Schließlich gilt es, das Leben in den Tälern attraktiv zu erhalten, ohne sensible Naturlandschaften zu beeinträchtigen. In all diesen Zukunftsfragen bietet die Alpenkonvention mit ihren Durchführungsprotokollen richtungweisende Antworten. Der Vorsitz bietet die Chance, die Konvention mit Leben zu erfüllen und Alpenstaaten wie die Schweiz mit ins Boot zu holen, die bis dato kein Durchführungsprotokoll ratifiziert hat. Auch die EU, die an der Makroregionalen Alpenstrategie arbeitet, muss die Schlüsselposition, welche die Alpenkonvention in einer solchen Strategie spielen muss, ernst nehmen.

Fazit: Um unsere Zukunft enkeltauglich und den Alpenraum nachhaltig zu gestalten, gilt es, ernsthaft, eng und engagiert zusammenzuarbeiten. Dies ist auch der Schlüssel zum Verständnis der Alpenkonvention, in der viel Potenzial steckt – nutzen wir es! ●

Webtipps: www.alpconv.org; www.cipra.at

CIPRA Österreich: Brennpunkt Raumordnung

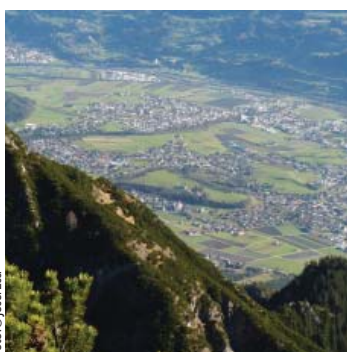


Foto: © Josef Essl

Das Thema Raumordnung prägte 2017 das Engagement der CIPRA Österreich. Der im April abgehaltene Workshop der Rechtsservicestelle Alpenkonvention und der Uni Innsbruck brachte konkrete Antworten auf die Anwendbarkeit des Protokolls „Raumplanung und nachhaltige Entwicklung“ der Alpenkonvention. Die Workshopergebnisse wurden in der CIPRA Österreich-Schriftenreihe, Band 2 veröffentlicht. Die CIPRA-Jahresfachtagung „Raumspähren: natürliche Grenzen, unendliche Möglichkeiten“ fokussierte Ende September in Innsbruck desgleichen auf das Thema. Zudem machte sich

CIPRA Österreich gegen die Alemagna stark und unterzeichnete gemeinsam mit VertreterInnen von Gemeinden, NGOs, Bürgerinitiativen und der Zivilgesellschaft am 7. Juli ein Memorandum gegen die Verlängerung der Alemagna zwischen Brenner- und Tauernautobahn. Die UnterzeichnerInnen des Memorandums forderten die Einhaltung des Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention. Gefragt für die Region sind ein gemeinsames Raumordnungs- und Entwicklungsprogramm und dessen rasche Umsetzung. ●

Webtipp: www.cipra.at

WEICHEN RICHTUNG LANDSCHAFTSERHALTUNG UND NATURSCHUTZ STELLEN

JA zur Natur am Warscheneck!

In der Causa Warscheneck meldeten sich NaturschützerInnen – allen voran Umweltdachverband, Naturfreunde, Naturschutzbund und Alpenverein – Ende Juni erneut zu Wort und forderten die oberösterreichische Landesregierung auf, nach dem klaren Nein zur Schischaukel im April 2017 konsequent naturverträgliche Entwicklungsimpulse zu setzen.

Chancen einer Nationalparkregion nutzen

Die Region, die eine der schönsten Berglandschaften der oberösterreichisch-steirischen Kalkalpen ist, könnte nach der Absage der seit Jahren im Raum stehenden Infrastrukturvorhaben nun mit ihrem unvergleichlichen Naturraum punkten. CIPRA Österreich war mit den Stellungnahmen der Rechtsserviceestelle Alpenkonvention maßgeblich daran beteiligt, dass die Erschließung nicht gekommen ist. Besiegelt wurde das klare Nein zur Schischaukel schließlich durch ein Rechtsgutachten aus Gründen des Naturschutzes und nach dem Naturschutzprotokoll der Alpenkonvention. Alpin- und Naturschutzorganisationen wie Naturfreunde, Naturschutzbund und Alpenverein wurden im Schulterschluss mit dem Umweltdachverband damit in ihrem Widerstand gegen dieses widersinnige, unwirtschaftliche, die Natur zerstörende Vorhaben bestätigt. Das Aus für dieses Projekt im Internationalen Jahr des nachhaltigen Tourismus 2017 sollte deshalb ein Zeichen sein. Ein Zeichen dafür, dass die Weichen Richtung Landschaftserhaltung und Naturschutz gestellt werden. Ein Zeichen, dass unberührte Natur und Regionaltypisches abseits von Massentourismus punkten können und dass sanfter Tourismus der Weg zum Ziel ist. Der Tourismusverband Pyhrn-Priel hat Aktivitäten in diese Richtung jahrelang verabsäumt und die Chancen, welche die Region hat,



Foto: © Franz Mahrer

bis dato zu wenig genutzt. NaturschützerInnen fordern daher eine Neuausrichtung der Tourismuspolitik. Ein neuer Tourismusverband, der auf den Werten des Nationalparks aufbaut, sollte z. B. Wandern, Radfahren, Skitourengänge sowie Schneeschuhwandern ins Zentrum stellen und das Skigebiet Wurzeralm zu einem Skitouristenzentrum weiterentwickeln.

Nationalparkerweiterung ist überfällig

Darüber hinaus ist die gesetzlich geforderte Nationalparkerweiterung am Warscheneck im Jubiläumsjahr des Nationalparks Kalkalpen, der 2017 seinen 20. Geburtstag feierte, überfällig. Der geforderte naturverträgliche Entwicklungsimpuls hat deshalb mit der Nationalparkerweiterung um die Haller Mauern und das Warscheneck einherzugehen. Fazit: Die Region sollte nun ihre Chancen als Natur- und Nationalparkregion nutzen, eine nachhaltige Regionsentwicklung in die Wege leiten und naturorientierten Ganzjahrestourismus fördern. Der Umweltdachverband wird jedenfalls ein Auge auf die weitere Entwicklung haben. ●

Webtipps: www.warscheneck.at; www.cipra.at

Wertvoll: Biodiversität ist gut für dich und mich!

Eines steht fest: Biodiversität und Gesundheit sind ein starkes Team! Denn biologische Vielfalt bietet nicht nur eine Fülle kostenloser Ökosystemleistungen, wie etwa die Verbesserung der Luftqualität oder den Schutz des Trinkwassers vor Verunreinigungen. Intakte Natur hat zudem hohen Erholungswert und wirkt sich positiv auf die psychische wie physische Gesundheit aus. Biodiversität ist somit direkt mit menschlichem Wohlbefinden vernetzt. Der rasante Verlust an Arten und Lebensräumen birgt daher mögliche gesundheitliche Risiken. Der Umweltdachverband machte diese komplexen Zusammenhänge im Rahmen des von Bund und EU geförderten Projekts „Biodiversität und Gesundheit III“ sichtbar. In Kooperation mit dem Falter Verlag wurde 2017 das Buch „Gut für dich und mich. Wie Biodiversität unsere Gesundheit fördert“ publiziert, das zeigt, was Biodiversität bewirkt und praktische Anleitungen gibt, wie Vielfalt im eigenen Lebensbereich bewahrt und gefördert werden kann und welche positiven Folgen das für die Gesundheit hat.



Webtipps: www.umweltdachverband.at/biodiversitaet-und-gesundheit; <https://shop.falter.at/gutfuer-dich-und-mich.html>

EU-Naturschutzgesetze im Fokus

Knapp vor dem Jahreswechsel 2016/17 traf die EU-Kommission eine richtungsweisende Entscheidung für die europäischen Naturschutzgesetze: Die Vogelschutz- und die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie werden nicht aufgeschnürt, sondern in ihren jetzigen Formen beibehalten! Dieser Erfolg ist nicht zuletzt einer Koalition von mehr als 200 NGOs in allen EU-Mitgliedstaaten zu verdanken, die im Rahmen der Nature Alert-Kampagne mehr als 520.000 Menschen mobilisierte, sich für die Beibehaltung der EU-Naturschutzrichtlinien auszusprechen. In Österreich wurde der Fitness-Check im Rahmen des von BMLFUW und EU geförderten Gemeinschaftsprojekts „gREen.watch“ begleitet und die europaweite Kampagne von Umweltdachverband und seinen Projektpartnern BirdLife, EU-Umweltbüro und WWF Österreich getragen. Doch neben dem lachenden Auge bleibt auch ein weinendes: Denn trotz dieses Erfolgs sind Europas Naturräume noch lange nicht gerettet: Lebensräume sowie Tier- und Pflanzenarten sind nach wie vor sehr unter Druck. Der Natura 2000-Aktionsplan der Europäischen Kommission muss nun erfüllt werden.

Natura 2000: rasche Umsetzung & nationale Koordinierungsstelle gefordert

In Österreich ist die Debatte um Natura 2000 auch weiterhin am Laufen: Der derzeitige Stand des Ausweisungsprozesses in Österreich ist nach wie vor nicht zufriedenstellend: Viele Forderungen aus dem laufenden Vertragsverletzungsverfahren sind offen, die Mängel in der Umsetzung von Natura 2000 in manchen Bundesländern teilweise eklatant. Wird weiterhin nicht gehandelt, steht mit hoher Wahrscheinlichkeit eine äußerst kostspielige Klage ins Haus. Daher gilt es, unverzüglich die bestgeeigneten Gebiete für den Schutz unserer Arten und Lebensräume auszuweisen. Dafür ist allerdings eine fachlich sinnvolle und gründliche Vorgehensweise unabdingbar. Der Umweltdachverband forderte daher erneut eine nationale Koordinierungsstelle für Natura 2000, ein qualitätsvolles und partizipatives Gebietsmanagement und eine einheitliche und abgestimmte Vorgehensweise zur Erfassung der Schutzgüter von europäischem Interesse. ●

Webtipp: www.umweltdachverband.at/refit



Foto: © Kuratorium Wald

Bienenfest Am Himmel

Vom Bienenlehrpfad über den Varroa-Controller bis zum Bio-Imkerei-Markt und zum Bienenquiz. Auch 2017 veranstalteten das Kuratorium Wald und der Umweltdachverband anlässlich des Endes einer weiteren Bienen Saison das traditionelle Bienenfest Am Himmel. Am ersten Oktoberwochenende freuten sich zahlreiche BesucherInnen über ein vielfältiges Programm rund um Hummeln, Wild- und Honigbienen. Die Veranstaltung sollte auf spielerische und interessante Weise auf die Gefährdung der Wild- und Honigbienen und ihren wichtigen Beitrag zur biologischen Vielfalt wie auch zur Wertschöpfung in der landwirtschaftlichen Produktion aufmerksam machen.

Webtipp: www.himmel.at

UNESCO Weltnaturerbe Buchenwälder

Buchenwälder mit hohem Anteil an alten Bäumen und Totholz sind Hotspots der Biodiversität. Ursprüngliche Buchenwälder gehen europaweit allerdings zunehmend verloren. Um den Schutz der letzten Reste dieser einzigartigen Naturkostbarkeiten zu garantieren, hat das UNESCO-Welterbekomitee die bestehende Buchenurwälder-Welterbestätte am 7. Juli um 63 Flächen in zehn europäischen Ländern erweitert. Der unter Federführung des BMLFUW abgewickelte Zertifizierungsprozess wurde damit erfolgreich abgeschlossen. Die nun auf 100.000 Hektar angewachsene grenzüberschreitende Welterbestätte „Alte Buchenwälder und Buchenurwälder der Karpaten und anderer Regionen Europas“ beherbergt die letzten Reste urwaldähnlicher Buchenwaldbestände mit geringen Spuren menschlicher Eingriffe. Mit den Buchenwäldern im Wildnisgebiet Dürrenstein in Niederösterreich und im Nationalpark Kalkalpen in Oberösterreich sind erstmals auch heimische Naturstätten auf der UNESCO-Welterbeliste vertreten. Ein großer Erfolg – nicht nur für den Naturschutz – trägt dieses Prädikat doch maßgeblich zum Imagegewinn in den betreffenden Regionen bei.

Webtipp: <http://whc.unesco.org>



Foto: Theo Kust

Lassingtal: Dringend als Wildnisgebiet schützen!

Eigentlich hätte das Lassingtal längst zum Wildnisgebiet erklärt und damit ein 6.500 Hektar großes Naturschutzgebiet an der steirisch-niederösterreichischen Grenze errichtet werden sollen. Doch diese Pläne sind vorerst gescheitert. Die steirische Landesregierung drohte zu Jahresbeginn sogar, das Projekt gänzlich abzublenden, wogegen der Umweltdachverband heftigen Protest einlegte. Das faszinierende Wald-Ökosystem welches einen der letzten Buchenurwälder Mitteleuropas beheimatet, hätte auch Teil des UNESCO-Weltnaturerbes werden können – die Ernennung zum Wildnisgebiet wäre wichtiger Baustein dafür. Noch dazu könnte mit diesem neuen Schutzgebiet ein großräumiges Refugium für wertvolle Fauna und Flora geschaffen werden, grenzt doch das Lassingtal an das Wildnisgebiet Dürrenstein in NÖ. Wildnisgebiete beherbergen ungestörte Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten, spielen als CO₂-Senke eine Rolle und gewinnen vor dem Hintergrund des Klimawandels an Bedeutung. Umso unverständlicher, dass einem der hochwertigsten Naturwaldgebiete Österreichs dieser Schutz bis dato verwehrt bleibt.

Webtipp: www.wildnisgebiet.at



Foto: Zsólt Marton

GUTES TUN FÜR SICH UND DIE NATUR: GENUSSTOUR VON DER DONAU BIS ZUM NEUSIEDLER SEE

1. Wir für Umwelt – Charity Walk 2017

Am 29. und 30. April ging der 1. Wir für Umwelt – Charity Walk mit großem Echo über die Bühne. Mehr als 200 Menschen machten sich bei strahlendem Frühlingwetter auf den Weg, um die 40 km lange, einzigartige Strecke von der Donau bis zum Neusiedler See zu erkunden und dabei Gutes für sich und die Natur zu tun.

Verpflegung, Infomaterial und Goodies für alle Wandernden kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Dadurch flossen die Teilnahmebeiträge zu 100 % als Spenden in Naturschutzprojekte. Dank des Erfolgs der 1. Auflage soll sich der Wir für Umwelt – Charity Walk in den kommenden Jahren als Fixpunkt in der Naturschutz- und Naturerlebnisswelt etablieren. Ad multos annos! ●

Voller Erfolg für Mensch und Natur

Die Veranstaltung wurde in Haslau an der Donau gemeinsam von Franz Maier, dem Vorsitzenden von Wir für Umwelt sowie Präsidenten des UWD, und Carl Manzano, dem Direktor des Nationalparks Donau-Auen, offiziell eröffnet. Von dort machten sich die Teilnehmenden auf den Weg nach Bruck/Leitha. Am Sonntag führte die Strecke dann weiter bis nach Breitenbrunn am Neusiedler See. Die zahlreichen Teilnehmenden wanderten an einem oder beiden Tagen auf der Langstrecke bzw. auf der Familienroute durch die vielfältige Landschaft, erfuhren von fachkundigen NaturvermittlerInnen Interessantes über die lokale Flora und Fauna, konnten direkt erleben, wie wichtig Maßnahmen zur Schaffung bzw. Erhaltung von Landschaftsstrukturen und die Vernetzung von Lebensräumen sind und labten sich an regionalen Köstlichkeiten.

Webtipp: www.wirfuerumwelt.at/charity-walk-2017



Foto: Zsólt Marton

Dank an Sponsoren und Partner

Durch die Unterstützung zahlreicher Mitgliedsorganisationen des Umweltdachverbandes – u. a. Österreichischer Fischereiverband, BirdLife Österreich, Naturfreunde Österreich, Arbeiterfischereiverband – und anderen Partnern wurde ein abwechslungsreiches Programm für alle Generationen geboten. Dank der Sponsoren – allen voran: Austrian Power Grid AG, Altstoff Recycling Austria AG, Initiative Reinwerfen statt Wegwerfen, Fachverband der Stein- und keramischen Industrie, Forum mineralische Rohstoffe, ÖBB und AGRANA – konnten



Foto: Klaus Ragner

2. NATIONALER GEWÄSSERBEWIRTSCHAFTUNGSPLAN 2016-2021 VERÖFFENTLICHT

Gewässerschutz: Ohne Göd ka Musi

Am 25. August 2017 wurde der 2. Nationale Gewässerbewirtschaftungsplan (2. NGP) mit einem Maßnahmenprogramm zur Sanierung unserer maroden Fließgewässer – über 60 % sind in keinem guten ökologischen Zustand, 30 % des Gewässernetzes sind strukturell verarmt – publiziert. Der Umweltdachverband nahm den Plan mit einem lachenden und einem weinenden Auge zur Kenntnis. Positiv ist hervorzuheben, dass der Sanierungsraum erweitert wurde – mit dabei sind nun auch weitere mittelgroße Gewässerabschnitte, die Fischarten wie Nase, Barbe und Huchen als Lebensraum dienen, sowie Abschnitte, an denen Hochwasserschutzprojekte geplant sind und wo daher Synergien genutzt werden können. Zudem wurden Sanierungsziele, beispielsweise bezüglich der Fischpassierbarkeit von Querbauwerken und der Sanierung von Restwasserstrecken bei Kraftwerken, festgeschrieben. Weitere strukturverbessernde Maßnahmen zur Erreichung eines guten ökologischen Zustandes sind ebenso vorgesehen. Wermutstropfen dabei: Ohne öffentliche Fördermittel werden diese Maßnahmen kaum bis gar nicht umzusetzen sein, da sie ausdrücklich an das Vorhandensein dieser Förderungen gebunden sind. Doch der dem Gewässerschutz zweckgewidmete Topf aus dem Umweltförderungsgesetz – 2009-2015 im Aus-

maß von 140 Millionen Euro – wurde nach wie vor nicht wieder aufgefüllt.

Ökologisch intakte Fließgewässer sind Voraussetzung für ein lebenswertes Österreich

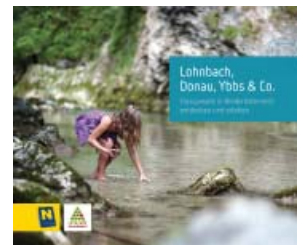
Die Kosten für lebensraumverbessernde Maßnahmen wie Uferstrukturierungen und Flussaufweitungen – je nach Flussgröße zwischen 50.000 und 1 Mio. Euro pro km – sind überwiegend von Verbänden und Gemeinden zu tragen. Darauf zu setzen, dass Gemeinden für die Gewässersanierung freiwillig in die ohnehin nicht prall gefüllten Taschen greifen, ist zu wenig. Die künftige Bundesregierung ist daher gefragt, Mittel für den Gewässerschutz bereitzustellen. Immerhin handelt es sich um sehr beschäftigungswirksame Investitionen, insbesondere in regionale Wirtschaftskreisläufe, im Ausmaß von mehreren hundert Millionen Euro. Gemeinsam mit ca. 50 weiteren NGOs und Fischereiverbänden appellierte der UWD an die zuständigen Minister Ruppacher und Schelling, die Sanierung unserer Fließgewässer entsprechend dem gesetzlichen Auftrag ernst zu nehmen und die erforderlichen Geldmittel für die Umsetzung des 2. NGP zur Verfügung zu stellen. ●

Webtipp: www.umweltdachverband.at/presse

NÖ Flussjuwelen: Fotowettbewerb & Broschüre

Im Frühling 2017 riefen der Umweltdachverband und das Land NÖ zum Fotowettbewerb „schnappschuss.fluss“ auf: Gesucht wurden außergewöhnliche Fotos von jenen 34 Flussjuwelen, die das Land Niederösterreich mit dem „NÖ wasserwirtschaftlichen Regionalprogramm 2016 zum Erhalt von wertvollen Gewässerstrecken“ unter besonderen Schutz gestellt hatte. Eine Jury begutachtete insgesamt 100 eingereichte Bilder und kürte 10 Siegerfotos. Die besten Einreichungen bekamen zudem einen prominenten Platz in der Broschüre „Lohnbach, Donau, Ybbs & Co. – Flussjuwelen in Niederösterreich entdecken und erleben“. Neben eindrucksvollen Bildern bietet die Broschüre inspirierende Freizeittipps.

Webtipp: www.umweltdachverband.at/schnappschussfluss



lebensraumfluss: Win-win für Mensch & Natur

Wenn alle Menschen, die an einem Fluss leben und wirtschaften, zusammenarbeiten, können punkto Hochwasserschutz Win-win-Lösungen für Mensch und Natur erreicht werden. Wie das funktionieren kann, zeigte der Umweltdachverband im Rahmen des vom BMLFUW, den Ländern und der EU geförderten Projekts KOMM-FLUSS. Herzstück des Projekts war die in Kooperation mit dem Österreichischen Fischereiverband erstellte Best-Practice-Broschüre „lebensraumfluss – Hochwasserschutz & Landbewirtschaftung: Lösungen für Mensch und Natur“, welche zwölf erfolgreich umgesetzte Hochwasserschutz- und Rückhalteprojekte aus allen Bundesländern in den Fokus rückt. Die in ihrer Ausführung vielgestaltigen Projekte verbindet, dass insbesondere auch die LandbewirtschaftlerInnen in die Planungs- und Entscheidungsprozesse miteinbezogen wurden. Es zeigte sich: Durch gemeinsame Lösungen kann die Akzeptanz notwendiger Maßnahmen gesteigert und die Umsetzung entscheidend verbessert werden.

Webtipp: www.umweltdachverband.at/komm-fluss



Foto: © Nationalpark Gesäuse/A. Hollinger



WASSERKRAFTWERKSLISTE ZEIGT: 73 % DER PLANUNGEN IN SENSIBLEN GEBIETEN

Wasserkraft: Wo bleibt die Natur?

Im Zuge der Recherchen zu seiner alljährlich aktualisierten Wasserkraftwerksliste hat der Umweltdachverband 211 Wasserkraftwerke (KW) als in Planung und 148 in Bau oder seit kurzem in Betrieb befindlich erhoben. Spitzenreiter im Bundesländervergleich ist die Steiermark mit 81 KW. Besonders dramatisch: Österreichweit befinden sich 124 KW in ausgewiesenen Schutzgebieten bzw. grenzen unmittelbar daran an und/oder sind als Natura 2000-Gebiet vorgeschlagen. Fast die Hälfte der KW befindet sich an Gewässerstrecken in sehr gutem oder gutem ökologischem Zustand. Insgesamt betreffen drei Viertel der Kraftwerksplanungen sehr kritische bzw. kritische Gebiete!

Pumpspeicher Koralm: UVP-Pflicht nun fix!

Dass nicht alle naturzerstörerischen Projekte durchgewunken werden können, zeigt das geplante Pumpspeicherkraftwerk Koralm. Anfang Mai errang der Umweltdachverband in dieser Causa einen großen Erfolg in puncto Naturschutz und Umweltrecht: Das

Megaprojekt mit einer Turbinenleistung von rund 1.000 MW war ohne Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bewilligt worden. Im Schulterschluss mit anderen Umweltorganisationen erkämpfte der Umweltdachverband jedoch beim Bundesverwaltungsgericht und beim Verwaltungsgerichtshof, dass das Pumpspeicherwerk doch einer UVP zu unterziehen ist, da der Schwellenwert von 15 MW um ein Vielfaches überschritten wird.

Mit der Veröffentlichung der Schlussanträge der Generalanwältin des Europäischen Gerichtshofs zur Frage der Klagebefugnis von Umweltschutzorganisationen in wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren werden sich viele Wasserrechtsfälle, wo NGOs bis dato weder Parteistellung noch Rechtsschutz hatten – Stichwort geplantes Kraftwerk an der Schwarzen Sulm –, wohl bald in einem anderen Licht zeigen (s. a. Seite 6 dieses Berichts). ●

Webtipp: www.umweltdachverband.at/themen/wasser/wasserkraft; www.umwelt.steiermark.at/cms/

Risiko Wegehaltung

Das Forstgesetz 1975 schreibt vor, dass jede Person den Wald zu Erholungszwecken betreten darf. Doch wer haftet, wenn sich jemand auf öffentlichen Wegen im Forst verletzt? Laut einer Studie der Johannes Kepler Uni Linz wird in Österreich aktuell eine restriktive Haftung der BaumbesitzerInnen praktiziert, welche nicht im Sinne des Allgemeininteresses ist, da sie eine Zunahme an oft überflüssigen Baumfällungen aufgrund übertriebenen Sicherheitsdenkens nach sich zieht. Ziel muss es jedoch sein, Sicherheit und Naturschutz zu vereinen und an die Eigenverantwortung der WegenutzerInnen zu appellieren – ohne die Verantwortung der BaumhalterInnen zu schmälern, ihre Bäume in gesundem Zustand zu erhalten. In Deutschland erfolgt die Benutzung des Waldes auf eigene Gefahr, insbesondere was „waldtypische“ Gefahren – herabhängende Äste, mangelnde Bruchfestigkeit von Bäumen, etc. – anbelangt. Risiken, die ein freies Bewegen in der Natur mit sich bringt, sind grundsätzlich zum entschädigungslos hinzunehmenden allgemeinen Lebensrisiko zu zählen. Der Umweldachverband hält diese Regelung auch in Österreich für überlegenswert, dazu bedarf es aber einer Änderung der aktuellen Gesetzeslage. Anfang Oktober widmete sich eine hochkarätige Tagung dem Thema.

Webtipp: www.baumhaftung.at

People4Soil: Einsatz für europaweiten Bodenschutz

Österreich ist europäischer Spitzenreiter im Bodenverbrauch! Die wertvolle Ressource Boden wird immer knapper, freie Flächen werden zunehmend wertvoller. Aber auch Erosion, Verluste organischer Substanzen, Verdichtung, Versalzung, Erdbeben, Überschwemmungen und Verunreinigung haben hierzulande sowie in ganz Europa negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, auf die Ernährungssicherheit, auf die natürlichen Ökosysteme, auf die Biodiversität und auf das Klima, sowie auch auf unsere Wirtschaft. People4Soil – ein europaweites Netzwerk von mehr als 500 Organisationen – setzt sich für eine effektive Bodenschutzgesetzgebung auf europäischer Ebene ein. Denn die bestehenden EU-Regelungen reichen bei weitem nicht aus, um ein angemessenes Schutzniveau für alle Böden in Europa abzusichern. Von September 2016 bis September 2017 konnte eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) unterstützt werden, welche zum Ziel hatte, die Europäische Kommission dazu zu bewegen, einen Gesetzesvorschlag zu erarbeiten. Als nationale Koordinationsstelle half der Umweldachverband dabei mit, diese Herausforderung zu meistern. Mit 212.252 Unterschriften blieb die EBI unter dem Ziel von 1 Million, jedoch gelang es der Initiative, das Thema Bodenschutz erstmals EU-weit vor den Vorhang zu holen.

Webtipp: www.people4soil.eu/de



UWD & UMWELTRECHT: RICHTIGKEIT FÜR NGOS IN UMWELTVERFAHREN IST ÜBERFÄLLIG

Etappensieg bei Aarhus-Umsetzung

Österreich hat die Aarhus-Konvention, welche der Öffentlichkeit umfangreiche Verfahrensrechte im Umweltschutz zuschreibt, bereits 2005 ratifiziert. Allerdings lässt insbesondere die Umsetzung des in Art. 9 Abs. 3 festgehaltenen Gerichtszugangs für die Öffentlichkeit auf sich warten: Der Großteil der Umweltverfahren sieht für Umweltorganisationen, Bürgerinitiativen und NachbarInnen weder Beteiligungsmöglichkeit noch Rechtsschutz vor. Seit Juli 2014 ist deshalb ein EU-Vertragsverletzungsverfahren anhängig. Ende April 2017 hat die EU-Kommission eine an die EU-Mitgliedstaaten gerichtete Mitteilung über den Gerichtszugang in Umweltangelegenheiten veröffentlicht. Der UWD forderte die Bundesregierung auf, diese Mitteilung ernst zu nehmen und endlich die Ausarbeitung eines materiellübergreifenden Umweltrechtsschutzgesetzes auf Bundes- und Länderebene, welches Einbeziehung und Rechtsschutz für die Öffentlichkeit, wie insbesondere Umwelt-NGOs, in sämtlichen umweltbezogenen Verfahren regelt, anzugehen.

Europäischer Gerichtshof bestätigt Gerichtszugang für NGOs in Wasserrechtsverfahren

Verstärkt wurden diese Forderungen durch die Mitte Oktober veröffentlichten Schlussanträge der Generalanwältin des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), Eleanor Sharpston, zur Frage der Klagebefugnis von Umweltschutzorganisationen in wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren. Wie oben erwähnt, haben anerkannte Umweltorganisationen in Österreich abgesehen im Wesentlichen von UVP-Verfahren bis dato kein Recht auf Parteistellung und Zugang zu Gerichten. Sharpston stellte klar: Anerkannte Umwelt-NGOs müssen in Wasserrechtsverfahren, wo es um die Anwendung von Bestimmungen der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie geht, Zugang zu Verfahren haben! Wenig später folgte der EuGH dem Schlussantrag von Sharpston und bestätigte am 20. Dezember den Gerichtszugang für NGOs in Wasserrechtsverfahren.

Damit zeigen sich viele Wasserrechtsfälle mit Unionsrechtsbezug, wo NGOs bis dato weder Parteistellung noch Rechtsschutz hatten, in einem anderen Licht. Man denke z. B. an den Fall des Wasserkraftwerks an der Schwarzen Sulm, dessen Bau eindeutig gegen das Verschlechterungsverbot der WRRL verstoßen und einen ökologisch intakten Flussabschnitt zerstören würde. In Verfahren wie diesen können NGOs nun auch vor Gericht als bis dato übergangene Parteien entsprechend für die Natur eintreten. Ein großer Erfolg in Sachen Mitspracherecht für NGOs in Umweltverfahren!

Praxisratgeber Beteiligung der Öffentlichkeit

Das Thema Öffentlichkeitsbeteiligung dem Umweldachverband in jeglicher Hinsicht ein besonderes Anliegen ist, zeigt auch der im Rahmen des LE-Projekts „KOMM-Recht“ erarbeitete und veröffentlichte „Praxisratgeber zur Beteiligung der Öffentlichkeit nach geltendem Umweltrecht in Österreich“. Das LE-Projekt „KOMM-Recht“ zielt insgesamt darauf ab, die Qualität der Partizipation der organisierten Zivilgesellschaft in Umweltverfahren durch Capacity building bei Umweltorganisationen, Bürgerinitiativen und Eingangsbehörden zu verbessern. Gleichzeitig soll der Austausch mit Wissenschaft und Landesumweltanwaltschaften gestärkt und eine breitere Vernetzung in der österreichischen Umwelt-NGO-Landschaft zu Aarhus-relevanten Themenstellungen erzielt werden. Der anwendungsorientierte Praxisratgeber bietet nun eine erste Hilfestellung für all jene, die sich in ein Umweltverfahren aktiv einbringen wollen oder sich hinsichtlich grundsätzlicher Fragestellungen der Beteiligungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit in Umweltverfahren schlau machen möchten und enthält im Anhang ausgewählte Schriftsatz- und Eingabemuster in Umweltverfahren. ●

Webtipp: www.umweldachverband.at/presse/
www.umweldachverband.at/themen/umweltrecht

1. MÄRZ 2017: GERALD PFIFFINGER FOLGT MICHAEL PROSCHEK-HAUPTMANN

Geschäftsführerwechsel im UWD

Ich freue mich, dass wir mit Gerald Pfiffinger einen hervorragenden Nachfolger für Michael Proschek-Hauptmann als Geschäftsführer des Umweltdachverbandes gewinnen konnten“, betonte Franz Maier, ehrenamtlicher Präsident des Umweltdachverbandes, anlässlich des Chefwechsels im Umweltdachverband. Knapp vor dem Jahreswechsel 2016/17 hat der UWD-Vorstand den neuen Geschäftsführer nach öffentlicher Ausschreibung einstimmig zum neuen operativen Chef des Verbandes bestellt; mit 1. März dieses Jahres löste der Betriebswirt und erfolgreiche NGO-Manager Proschek-Hauptmann ab, der seit August 2008 die Leitung des Vereins innegehabt hatte und der nun in die Privatwirtschaft wechselte.

Weiterführung des eingeschlagenen Weges

Pfiffinger machte sich bereits in den vergangenen Jahren als Geschäftsführer von BirdLife Österreich um die Geschicke einer Naturschutzorganisation verdient, war zuletzt auch als Mitglied des UWD-Vorstandes aktiv und prägte dadurch bereits in den vergangenen Jahren maßgeblich Politik und Ausrichtung des UWD mit. Er ist damit ein Garant für die konsequente Weiterentwicklung des eingeschlagenen Weges. Der UWD bedankt sich bei Proschek-Hauptmann für mehr als acht Jahre unermüdlichen Einsatz. In den schwierigen Zeiten der Neuorientierung des Verbandes hat er durch Konsequenz und Sachlichkeit einen entscheidenden Beitrag zur positiven Weiterentwicklung des UWD geleistet.



Foto: © Klaus Ränger

Organisationsentwicklungsprozess gestartet

Unter dem Motto „Wir wachsen zusammen und entwickeln unser Zukunftsbild 2022“ startete Pfiffinger im Herbst 2017 einen Organisationsentwicklungsprozess, der die Teamziele für die kommenden Jahre sowie Prozesse und Strukturen im Verein aktualisieren soll.

Darüber hinaus sollen auch die Ergebnisse des im Umweltdachverband gleichfalls im Berichtsjahr gestarteten fit2work-Prozesses in die Organisationsentwicklung mit einfließen. ●

Webtipp: www.umweltdachverband.at

NGO-Bündnis: nicht ohne Zivilgesellschaft

Ob beim Eintreten für Umweltinteressen, bei der Aufnahme von Zugewanderten in die Gesellschaft, bei der Pflege für alte Menschen oder bei der Entwicklung innovativer Lösungen für gesellschaftliche Probleme: Überall leistet die organisierte Zivilgesellschaft einen unverzichtbaren Beitrag zum Zusammenhalt, zur Daseinsvorsorge und zur Krisenbewältigung. Die Politik trägt diesem wichtigen „dritten“ Sektor bislang jedoch nur ungenügend Rechnung: So waren wichtige Punkte vom Regierungsprogramm 2013-2018 zur stärkeren Beteiligung der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungen und zur Schaffung eines klareren Rechtsrahmens für gemeinnützige Organisationen in der Neuaufgabe vom Jänner 2017 nicht enthalten.

Bündnis für Gemeinnützigkeit: Starker Partner für die Zusammenarbeit mit der Regierung

Mitte April haben VertreterInnen von 14 Verbänden und Netzwerken mit mehr als tausend gemeinnützigen Mitgliedsorganisationen – darunter auch der Umweltdachverband – das neu gegründete „Bündnis für Gemeinnützigkeit“ vorgestellt. Ziel des Zusammenschlusses von Dachorganisationen aus Bereichen wie Umwelt, soziale Wohlfahrt, Beschäftigung, Kultur, Inklusion und Entwicklungszusammen-



Foto: © Bündnis für Gemeinnützigkeit/Vollstille

arbeit ist es, ein starker Partner für die Zusammenarbeit mit der Regierung zu sein. Konkret fordert das Bündnis u. a. die Anwendung der „Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung“ auf alle Politikbereiche. An Bundespräsident Van der Bellen richten die Gemeinnützigen den Appell, den Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft über die Zukunft des Landes fortzusetzen und weiter auszubauen. Mit der im Oktober initiierten Aktion „Gemeinnützig ist...“ (#gemeinnützigist) wurde zudem der große Reichtum zivilgesellschaftlichen Engagements auf Social-Media-Kanälen ins Scheinwerferlicht gerückt. Denn: gemeinnützige Arbeit verdient mehr Sichtbarkeit! ●

Webtipp: <http://buendnis-gemeinnuetzigkeit.at>

FORUM Umweltbildung: BNE macht Schule!

Von der BNE-Sommerakademie 2017 zum Thema „Bildung On-/Offline. Digitaler Wandel als Chance einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ über die erfolgreiche fünfte Auflage der FUTURE LECTURES bis hin zur Vernetzungs- und Auszeichnungsveranstaltung zum Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung „Ausgezeichnet! Lernen für die Zukunft“ Ende November: Das FORUM Umweltbildung hat auch 2017 im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zahlreiche Veranstaltungen und vielfältige Projekte erfolgreich realisiert. Publikationen wie „Unsere Welt. Unsere Zukunft. Lehrmaterialien für Kinder und Jugendliche zu den UN-Weltzielen“, oder das BNE-Jahrbuch „Neue Ziele“ sorgten für wertvollen Bildungslesestoff.

Webtipp: www.umweltbildung.at

Netzwerk Zukunftsraum Land: innovativ & aktiv

Den Auftakt des Veranstaltungsreigen 2017 machten zwei Regionalseminare zum ÖPUL-Naturschutz in Salzburg und Wien. Im Mai folgte die Tagung „Biodiversität im Wald: Indikatoren, Fördermöglichkeiten & die Praxis!“ am Heffterhof. Das Seminar „Vögel in der Kulturlandschaft“ im August in NÖ zeigte, wie wichtig es ist, dass Naturschutz und Landwirtschaft an einem Strang ziehen, wenn es um Schutzmaßnahmen für Kulturlandvögel geht. Mitte November fand erstmals eine Kooperationsveranstaltung zwischen Bodenforum, Österreichischer Bodenkundlicher Gesellschaft (ÖBG) und Netzwerk Zukunftsraum Land statt. Im Fokus der zweitägigen erfolgreichen Veranstaltung standen die Themen Nährstoffeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Auf die Suche nach innovativen Möglichkeiten zur erfolgreichen Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse aus der Klimaforschung in die landwirtschaftliche Praxis begab sich gegen Jahresende das Open-Innovation-Forum (OIF).

Webtipp: www.zukunftsraumland.at

EU-Umweltbüro: im Zeichen der SDGs

Das EU-Umweltbüro setzte sich 2017 vorrangig für die nationale Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) ein. Denn: Mit der „Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung“ haben sich alle 193 UNO-Mitgliedstaaten verpflichtet, die darin enthaltenen 17 nachhaltigen Entwicklungsziele bis zum Jahr 2030 umzusetzen. Auch Österreich ist gefragt, Verantwortung zu übernehmen und die Ziele mit einer ganzheitlichen, integrierten und universellen Herangehensweise zu erfüllen. Das EU-Umweltbüro gab zum Thema eine Ausgabe des Magazins EUropa-Info unter dem Titel „SDGs & Umwelt“ heraus und engagierte sich u. a. in der im Herbst neu gegründeten Plattform SDG Watch Austria.

Webtipp: www.eu-umweltbuero.at

Vorstand

Präsident:

- Mag. Franz Maier

VizepräsidentInnen:

- M^{Mag.} Liliana Dagostin
- Prof. Dr. Reinhold Christian

Finanzreferent:

- Mag. Gerald Pfiffinger (bis 03/17)
- Mag. Gábor Wichmann (ab 11/17)

Finanzreferent-Stv.:

- Dr. Peter Lebersorger († 11.12.2017)

Schriftführerin:

- DIⁱⁿ Regina Hrbek

Schriftführer-Stv.:

- DI Manuel Hinterhofer

Weitere Vorstandsmitglieder:

- Mag.^a Birgit Mair-Markart
- DI Christoph Pfemeter
- DIⁱⁿ Victoria-Christina Klabuschnigg-Piribauer

RechnungsprüferInnen:

- Franz Handler
 - Doris Holler-Bruckner
 - Ing. Alexander Leitner
- Vorsitzender CIPRA Österreich:
- Peter Haßbacher

Ehrenpräsidenten:

- Dr. Gerhard Heilingbrunner
- Dr. Hubert Trimmel († 2013)

MitarbeiterInnen des Umweltdachverbandes

- Mag.^a Samira Bouslama
- Sabine Brezina MSc
- Dr.ⁱⁿ Hemma Burger-Scheidlin
- DI Gregor Danzinger (ab 09/17)
- Julika Dittrich LL.M.
- Corinna Domenig MSc
- Mag. Josef Essl
- DI Christian Fraissl (ab 10/17)
- Kerstin Friesenbichler MSc
- Anna-Maria Haas B.Ed.
- Mag.^a Heidi Huber
- Katharina Kammerzelt
- Mag.^a DIⁱⁿ Katharina Kerschhofer
- Mag. Dr. Markus Langer
- Mag. Stefan Nohel (bis 07/17)
- Gülcan Özdemir
- Mag. Gerald Pfiffinger (ab 03/17)
- Mag. Michael Proschek-Hauptmann (bis 02/17)
- Mag.^a Sigrid Ranger
- Markus Reiter
- Mag.^a Madeleine Riske
- Lic. Ana Antúnez Sáez
- Melanie Salz MSc
- M^{Mag.} Stefanie Schabhüttl
- DIⁱⁿ Karin Schnee Weiss
- Angelika Schöbinger-Trauner MSc
- Mag. Michael Schöppl
- Mathilde Stallegger MSc
- Dr.ⁱⁿ Sylvia Steinbauer
- Mag.^a Dr.ⁱⁿ Anna Streissler
- Nesrin Temel
- Melanie Uhlir BA
- Mag.^a Daniela Verdel
- Sandra Völker
- Dr.ⁱⁿ Barbara Weichsel-Goby
- Mag.^a Rebecca Zeilinger (ab 04/17)
- Mag. Bernhard Zlanabitzig MAS MSc

Interessenvertretung & Clearingstelle

Auch im Jahr 2017 engagierte sich der Umweltdachverband in zahlreichen Beiräten und Kommissionen. Von der Nationalen Biodiversitätskommission über den Runden Tisch Aarhus und den ELER Begleitausschuss bis zum Nationalpark Austria Beirat haben sich die haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen des Umweltdachverbandes eingesetzt, um Umwelt- und Naturschutzinteressen bestmöglich zu vertreten. Der Umweltdachverband brachte sich zudem in UVP-Verfahren ein und intervenierte gegen Bauvorhaben an natürlichen oder naturnahen Flussabschnitten. Eine internationale Zusammenarbeit und Interessenvertretung erfolgte v. a. durch die Mitgliedschaft bei internationalen Organisationen wie dem European

Environmental Bureau (EEB), der IUCN und Europarc, dem World Council for Renewable Energy (WC-RE), der österreichischen UNESCO-Kommission, dem Verein zum Schutz der Bergwelt e.V. und der Plattform Green Budget Europe.

Darüber hinaus fungierte der Umweltdachverband im Berichtsjahr als Clearingstelle für das BMLFUW. Im Finanzjahr 2017 konnten Fördermittel des BMLFUW in der Höhe von 251.750 Euro erfolgreich abgewickelt werden. Damit wurden 16 Einzelprojekte im Umwelt-, Naturschutz- oder Bildungsbereich von 13 Mitgliedsorganisationen unterstützt. Für das Jahr 2016 wurden im Berichtsjahr zudem 20 Einzelprojekte von 16 Mitgliedsorganisationen mit einer Gesamtsumme von 251.750 Euro aufbereitet und abgerechnet. ●

Öffentliche Präsenz

Der Umweltdachverband hat 2017 seine Positionen betreffend Umwelt-, Naturschutz und Nachhaltigkeit in 52 Presseausendungen und zahlreichen Pressekonferenzen vertreten. Dazu kamen öffentliche Auftritte, die Informationstätigkeit via Website, Facebook und Twitter, zwölf monatlich erscheinende plus ein Sondernewsletter **fact.s** sowie drei Ausgaben der Zeitschrift **fact.um**. Überdies verfasste der UWD eine Vielzahl an Fachartikeln, u. a. für die Rubrik „wald & umwelt“ der Forstzeitung. Im Berichtsjahr erschienen zudem zahlreiche Publikationen, u. a. das in Kooperation mit dem Falter Verlag erarbeitete Buch „Gut für dich und mich. Wie Biodiversität unsere Gesundheit fördert“, die Broschüren „lebensraumfluss“ sowie „Lohnbach, Donau, Ybbs & Co. Flussjuwelen in Niederösterreich

entdecken und erleben“ und „Biodiversität. Was LEADER alles kann“. Zu den weiteren Aufgaben zählte die Abstimmung mit den Mitgliedsorganisationen. 2017 arbeitete der UWD überdies umweltpolitisch relevante Stellungnahmen aus, etwa zur „kleinen“ Ökostromnovelle, zur geplanten Novellierung des BV-G Nachhaltigkeit sowie zur Ökostromeinspeisetarif-Verordnung und brachte Einwendungen gegen das Vorhaben „Pumpspeicherkraftwerk Koralalm“ im Rahmen des UVP-Verfahrens ein. Darüber hinaus wurden drei **fact.en.lagen** mit Umweltwissen für EntscheidungsträgerInnen zu den Themen „Unsere Natur gemeinsam schützen“ sowie „Deregulierung & Umweltschutz“ publiziert. ●

Webtipp: www.umweltdachverband.at/publikationen

Veranstaltungen & Initiativen

Am Anfang des Veranstaltungsreigens stand Mitte Februar das Wirtschaft & Natur-Abendevent „Warum Erfolg auf Bäumen wächst“ in St. Pölten. Neben zahlreichen Aarhus-Netzwerkveranstaltungen fanden außerdem Aarhus-Workshops zum Thema „Selbst aktiv werden im Umweltrecht“ im März in Salzburg sowie im Mai in Innsbruck statt. Das Naturvermittlungseminar „Sex in der Natur – Fragen:Wissen:Vermitteln“ ging Ende März in St. Georgen am Längsee in Kärnten über die Bühne.

Ende Mai folgte die nationale Vernetzungskonferenz „Biodiversität & LEADER – Initiativen, Ideen und Impulse“ in Steyr. Am 6. Oktober wurde in Schwaz die Netzwerk Zukunftsräume Land-Jahreskonferenz, Ende November das Open Innovation Forum in Linz veranstaltet. Ebenfalls im November wurde die UWD-Vollversammlung abgehalten, im Mai bzw. November jeweils eine Konferenz der Mitgliedsorganisationen. Weiters fungierte der UWD als Träger der TRIGOS-Plattform, wirkte in der Jury des

TRIGOS-Preises mit und schloss sich SDG Watch Austria an, einer neuen NGO-Plattform, welche sich für die Verwirklichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung einsetzt. Ferner profilierte sich der Umweltdachverband als Drehscheibe eines NGO-Wasser-, NGO-Klimaschutz- sowie eines NGO-Biodiversitätsnetzwerks. Neben den nach außen wirksamen Veranstaltungen fanden zudem regelmäßige Gremiensitzungen und Arbeitsgruppentreffen zu relevanten Themen statt. ●

An dieser Stelle danken wir allen UnterstützerInnen, KooperationspartnerInnen, insbesondere unseren FunktionärInnen und FreundInnen aus den Mitgliedsorganisationen, dem BMLFUW, vor allem aber auch all unseren SpenderInnen und FörderInnen für die Unterstützung im Jahr 2017.
HERZLICHEN DANK!

Impressum

Herausgeber und Medieninhaber: Umweltdachverband, Strozzig 107-9, 1080 Wien, Tel. 01/40113-0, Fax: DW 50, E-Mail: office@umweltdachverband.at, www.umweltdachverband.at, ZVR-Zahl 255345915 **Redaktion & Gestaltung:** Dr.ⁱⁿ Sylvia Steinbauer **Mitarbeit:** Mag.^a DIⁱⁿ Katharina Kerschhofer, Wien, Dezember 2017.